

Liebe Menschen,

während wir hier stehen, in der Gewissheit, nachher wieder in unsere Wohnungen zu gehen und einen netten Abend mit einem Dach überm Kopf zu verbringen, harren mehr als 20.000 Menschen im Flüchtlingslager Moria in Griechenland aus. In einem Lager, das einmal für maximal 3.000 Personen ausgelegt war. Sie teilen sich einen Wasseranschluss mit bis zu 1.300 anderen Menschen. Sie schlafen und leben teilweise zu sechst auf gerade einmal drei Quadratmetern. Social Distancing ist für sie lediglich ein frommer Traum.

Sachsen hat nun bekanntgegeben, insgesamt 70 minderjährige Geflüchtete aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Zusätzlich dazu hat der Chemnitzer Stadtrat beschlossen, monatlich eine weitere Person zusätzlich zur Quote aufzunehmen. Jedoch sollen das auf Forderung der CDU ausschließlich weibliche, unbegleitete, minderjährige Geflüchtete bis 14 Jahre sein. Die Zahl derer, die diese Kriterien erfüllen, dürfte nicht allzu hoch sein, und das muss auch unseren StadträtInnen bekannt sein. Zuletzt soll es ein Landesaufnahmeprogramm für 150 weitere Personen aus Herkunfts- und Transitstaaten geben, jedoch erst bis zum Jahr 2024.

All diese Maßnahmen wirken wie ein humanitärer Akt, und so werden sie auch kommuniziert. Sie sind jedoch ein Tropfen auf dem heißen Stein und dürfen uns eines nicht vergessen lassen: Nämlich, dass Deutschland gleichzeitig alle rechtlichen Möglichkeiten nutzt, um die Aufnahme von Geflüchteten zu behindern. Hunderte der Menschen, die in den griechischen Lagern ausharren, haben Familienangehörige in Deutschland oder anderen Europäischen Staaten, sie haben in vielen Fällen sogar einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug. Deutschland jedoch hat auch im vergangenen Jahr wieder mehr als 80 Prozent der Anträge auf Familiennachzug von Griechenland abgelehnt. Anstatt die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um zumindest einige Menschen aus den Lagern zu holen, werden sie konterkariert. Stattdessen werden kleine Aufnahmeprogramme als barmherziger Gnadentat verkauft. Das ist die bittere Realität der Asylpolitik im Jahr 2020.

Und damit noch nicht genug. Fernab der medialen Aufmerksamkeit wird auch die Seenotrettung weiter bekämpft und behindert. So hat Verkehrsminister Andreas Scheuer im Trubel der Coronapandemie die sogenannte Schiffsicherheitsverordnung geändert. Boote, die nicht für Freizeit- oder Sportzwecke genutzt werden, müssen ab sofort zusätzliche Sicherheitszertifikate vorweisen und die gleichen Anforderungen wie kommerzielle Schiffe der Berufsschifffahrt erfüllen. Für kleine spendenfinanzierte Organisationen wie Mission Lifeline aus Dresden sind diese Anforderungen praktisch nicht zu erfüllen. Woher die plötzliche Not zu einer solchen Änderung kommt, bleibt unklar. In einem gemeinsamen Statement erklärten Seenotrettungs-NGOs, dass es bei hunderten Rettungseinsätzen bislang nicht einen einzigen Unfall für die Crews gegeben hat. Herr Scheuer jedoch hat die betroffenen Organisationen vor der Änderung der Verordnung nicht einmal angehört, wie es sonst üblich ist. In solchen Fällen scheint geltendes Recht plötzlich viel einfacher umsetzbar als beim Familiennachzug.

Diese Doppelmoral muss endlich aufhören! Es kann nicht sein, dass sich die Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite als Hüterin europäischer Werte, von Menschenrechten und Humanität profiliert, und im selben Atemzug lebensnotwendige Seenotrettung und die Aufnahme von Geflüchteten Menschen aus menschenunwürdigen, überfüllten Lagern in Griechenland behindert. Wir appellieren daher an die Bundesregierung:

- Helfen Sie den europäischen Staaten dabei, jetzt Frauen, Männer und Kinder aus den Lagern von den griechischen Inseln zu evakuieren und sie an Orten unterbringen, wo sie mit dem Notwendigsten versorgt und vor dem Virus geschützt sind!
- Unterstützen Sie jetzt gemeinsam mit anderen europäischen Staaten Griechenland humanitär und finanziell!
- Nehmen Sie zeitnah besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen aus Griechenland in Deutschland auf!

Wir fordern außerdem den Freistaat Sachsen und den Chemnitzer Stadtrat dazu auf, die Aufnahmekontingente für geflüchtete Menschen zu erhöhen und diskriminierende Kriterien wie Geschlecht und Alter der Schutzsuchenden zurückzunehmen!